

Die Rote Mappe 1975

des Niedersächsischen Heimatbundes

**Rückblick und Ausblick,
vorgetragen durch den Vorsitzenden, Herbert von Geldern,
beim 56. Niedersachsntag in Rotenburg (Wümme)
in der Festversammlung am Sonnabend, dem 04. Oktober 1975.**

Herr Landtagspräsident!

Herr Bundesminister!

Meine Herren Niedersächsischen Minister!

Exzellenz!

Meine Damen und Herren, liebe Jugend!

Der Niedersächsische Heimatbund freut sich, Sie alle begrüßen zu dürfen, besonders auch die Herren Bundes- und Landtagsabgeordneten, die Herren Staatssekretäre, die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Präsidenten des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes, die Herren Vertreter der Kirchen, den Herrn Landrat des Landkreises Rotenburg, den Herrn Bürgermeister der Stadt Rotenburg sowie die Vertreter zahlreicher anderer Behörden und Institutionen.

Liebe Freunde,

dies ist die Stunde des Gesprächs zwischen der Niedersächsischen Landesregierung und ihrem heimatpflegerischen Gewissen, wenn ich das mal so deutlich sagen darf.

Wir wissen, daß Themen wie die Brandkatastrophe in den niedersächsischen Wäldern und die Geldknappheit der öffentlichen Hand mehr Schlagzeilen machen als wir mit unserer Forderung nach menschenwürdigem Leben, aber unser Anliegen ist ebenso wichtig. Weil wir das wissen, erheben wir immer wieder unsere Stimme. Die Stimme des Niedersächsischen Heimatbundes ist die Rote Mappe.

Die Rote Mappe des Niedersächsischen Heimatbundes hat im Laufe der Jahre einen hohen Stellenwert in der heimatpflegerischen Arbeit des Landes erlangt und über dessen Grenzen hinaus einen beachtlichen Ruf erworben. In diesem Jahre habe ich zum erstenmal die Ehre, sie vorzutragen, und danke im Namen all unserer Freunde dem Manne, der dieses Instrument geschaffen und zu einer scharfen Waffe für unsere gute Sache gemacht hat: unserem Ehrenvorsitzenden Dr. Herbert Röhrig.

Weiter grüße ich besonders unseren Freund Oberkreisdirektor Helmut Janßen, der hier in Jahrzehnten vorbildhaft Heimatpflege geplant und geübt hat.

Wir haben in den vergangenen Zeiten soviel Kritisches über den Begriff H e i m a t gehört, daß wir wieder einmal ein Wort dazu sagen sollten: Es ist noch nicht lange her, da war „Heimat“ in den Augen der Öffentlichkeit ganz und gar abgewertet, weil dieser Begriff ideologisch belastet oder einfach verschlissen zu sein schien. Inzwischen hat er überraschend schnell wieder an Wert gewonnen. Wir stellen ausdrücklich fest: Die Liebe zur Heimat hat nichts mit Tages- oder Parteipolitik zu tun, sie hat immer ihren festen Wert gehabt und kann nicht wie eine Mode abgetan werden. So geht sie auch durch die alte wie durch die ganz moderne Literatur. Wer seinen Standpunkt in dieser Welt erkennen will, der findet den ersten, besten und bleibenden Anhaltspunkt in seiner Heimat, von der er immer wieder ausgehen und auf die er sich stets zurückziehen und berufen kann. Heimat verbindet uns mit der Vergangenheit, sie ist gewachsene Gegenwart. Wir müssen wissen, was vor uns war; ohne festen Standpunkt vermag der Mensch, um den herum alles fließt, nicht zu leben.

Heimatbegriff

Wir wenden uns unseren Gastgebern, dem Landkreise und der Stadt Rotenburg zu.

Stadt Rotenburg

Die Siedlung, in der wir uns befinden, ist schon fast 700 Jahre alt; am Ende des 12. Jahrhunderts erbaute hier der Verdener Bischof eine Burg. 1597 wurde das Bauwerk nach einem großen Brande erneuert, und es entstand ein prunkvolles Schloß. Im 17., 18. und 19. Jahrhundert wüteten in der Ortschaft insgesamt neun schwere Feuersbrünste. So erklärt es sich wohl, daß der frühere Flecken, seit 1929 die Stadt Rotenburg nur wenig historische Bausubstanz aufzuweisen hat. Jetzt aber gibt es hier ein stark pulsierendes Leben, nämlich eine Vielzahl von Schulen, ein Predigerseminar der Landeskirche, das Diakoniekrankenhaus, das Versorgungskrankenhaus, die Rotenburger Anstalten der Inneren Mission und, für unsere Arbeit von besonderem Wert, das Institut für Heimatforschung, das im Jahre 1965 vom Kreisheimatbund gebaut worden ist. In dieser im Lande Niedersachsen einmaligen Einrichtung befindet sich eine Außenstelle der Niedersächsischen Landesstelle für Volkskunde in Göttingen. Hier werden Aufgaben volkskundlicher Forschung und Lehre durchgeführt; das Institut steht allen offen, die an landeskundlichen Themen arbeiten. Es ist bislang bei der Anfertigung von mehr als hundert wissenschaftlichen Arbeiten in Anspruch genommen worden.

Institut für Heimatforschung

Als wir, wie wir das in jedem Jahre tun, nach einem markanten Bild der gastgebenden Stadt suchten, das die Umschlagseite unserer Einladung zum Niedersachsentag zieren sollte, fiel uns die Wahl nicht schwer: Wir haben ein Bild des Heimatmuseums genommen, und das nicht nur wegen dieses eindrucksvollen Bauernhauses, sondern vor allem auch wegen seiner jüngsten Geschichte. Im Februar 1974 war das vor etwa 15 Jahren geschaffene Museum durch Brandstiftung zerstört worden. 10 Monate später stand das neue Haus, das wir jetzt sehen. Es ist mit viel privater Initiative, aber auch mit öffentlicher Hilfe errichtet worden. An dem Wiederaufbau des Museums, das wirklich im kulturellen Zentrum des ganzen Kreises steht, haben Hunderte von Menschen mitgearbeitet. Die Kreishandwerkerschaft, um ein Beispiel zu nennen, die beim Aufbau viel selbstlose Arbeit geleistet hatte, übergab bei der Einweihungsfeier ihre Innungslade in die Obhut des Hauses. Hier ist mit herzlicher

Rotenburger Heimatmuseum

Anteilnahme und in großer Einigkeit ein Mittelpunkt geschaffen worden, wie man ihn sich wirkungsvoller nicht denken kann. Wie schön, daß man in unserer Zeit so etwas erleben kann, denn es gibt ja auch andere Beispiele, wie z. B. den Wiederaufbau des sogenannten Herzens unserer Landeshauptstadt, aus dem dann das Kröpcke-Center geworden ist.

Die Stadt Rotenburg will nun für den Ortsteil Borchel einen Bebauungsplan aufstellen, um damit die Möglichkeit zu schaffen, alte Niedersachsenhauser, die von Abriß oder Verfall bedroht sind, im gleichen äußeren Erscheinungsbild wieder aufzubauen.

Die Stadt hat auch in jüngster Zeit für ihren Siedlungskern einen Grünordnungsplan und für ihr gesamtes Gebiet einen Landschaftsplan in Zusammenarbeit mit einem freischaffenden Planungsbüro erarbeitet und beschlossen. Beide Pläne dienen als Grundlage für den neuen Flächennutzungsplan.

Möge es gelingen, das letzte bedeutende Fachwerkhaus der Stadt, das sogenannte Schäfersche Haus, zu erhalten. Da wegen des geschichtlichen, künstlerischen und städtebaulichen Wertes dieses Bauwerks ein öffentliches Interesse besteht, hoffen wir, daß der Kreis es mit Hilfe einer finanziellen Unterstützung durch das Land ankaufen kann.

Ganz besonders freuen wir uns darüber, daß der Kreis Rotenburg die Erhaltung alter Niedersachsenhauser durch finanzielle Hilfen fördert. Vor 1 ½ Jahren hat der Kreisheimatbund mit Unterstützung des Landkreises damit begonnen, alle unterhaltungswürdigen Bauten dieses Raumes karteimäßig zu erfassen. Das Land Niedersachsen erkennt diese gute Arbeit des Heimatbundes dadurch an, daß mit der Erstellung der Landeskartei ländlicher Baudenkmale im Kreise Rotenburg begonnen wird, neben dem Landkreis Hannover und dem Altkreis Bersenbrück.

Im Bereich von Naturschutz und Landschaftspflege wird hier vorbildlich gearbeitet:

Im Westen des Landkreises sind nach und nach 175 Hektar für den Bau von Wochenendhäusern freigegeben worden. Als trotzdem außerhalb dieser Flächen ohne Baugenehmigung Häuser entstanden waren, hat der Landkreis in den letzten 10 Jahren die Beseitigung von über hundert dieser ohne Erlaubnis errichteten Bauwerke durchgesetzt. Die daraus erwachsenen Rechtsstreitigkeiten sind meistens bis zum Oberverwaltungsgericht, einmal sogar bis zum Bundesverwaltungsgericht geführt worden. Immer hat der Landkreis obgesiegt, und wir erkennen dankbar an, daß sich hier die Verwaltung trotz mancher persönlichen Verunglimpfung nicht nur von den Bestimmungen des Bundesbaugesetzes hat leiten lassen, sondern auch von der Überzeugung, hier sei eine Pflicht der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllen.

Weiterhin ist der Landkreis ständig bemüht, erhaltungswürdige Landschaftsteile unter Naturschutz zu stellen, so nun das Große und das Weiße Moor.

Wie fruchtbar sich eine früh begonnene Zusammenarbeit zwischen Fachdienststellen und Heimatbund auswirken kann zeigt sich an dem Beispiel der geplanten Wümme-Seen, denn hier konnten nach eingehenden Untersuchungen in engem Zusammenwirken 3 Wasserflächen mit einer Gesamtgröße von fast 330 ha geplant werden. Das kommt sowohl der Landwirtschaft als auch der Landschaft zugute und bedeutet eine Steigerung des Freizeitwertes. In einigen Zonen werden ökologische Landschaftszellen, besonders Feuchtbiotope, geschaffen, die dann als Naturreservate und Vogelbrutgebiete ausgewiesen werden sollen. Der Heimatbund hat den Anstoß zu diesem Projekt gegeben, und wir hoffen mit den Rotenburgern, daß die zur Durchführung erforderlichen Mittel nun auch vom Regierungspräsidenten sofort bereitgestellt werden. - Erfreulicherweise gibt es im ganzen Lande ähnliche Aktivitäten. Wir fügen hier aus ihrer Fülle einige Meldungen an, die für viele stehen mögen, denn eine vollständige Übersicht können wir nicht geben.

Der Kreis Lüchow-Dannenberg hat inzwischen 35 % der gesamten Kreisfläche und fast den ganzen Naturpark Elbufer-Drawehn unter Landschaftsschutz gestellt. - Für außerordentlich wichtig halten wir auch die einstweilige Sicherstellung des Elb-

Borchel

Pläne für die Stadt Rotenburg

Schäfersches Haus

Erhaltung von Niedersachsenhausern

Wildes Bauen in der Landschaft

Wümme-Seen

Landschaftsschutz

deichvorlandes im Landkreis Lüneburg. - Der Landkreis Fallingbostal beabsichtigt, das gesamte Böhmetal, von der Allermündung bis zur Kreisgrenze, unter Landschaftsschutz zu stellen. Er hat auch das Verfahren zum Erlaß einer Landschaftsschutzverordnung für die Krelinger Heide eingeleitet.

Bevor wir in die fachlichen Erörterungen eintreten, weisen wir auf zwei Probleme hin, die uns besonders am Herzen liegen.

Im vorigen Jahr haben wir gefragt, welche Anteile die aus den Spielbankenabgaben zu fördernden Kulturbereiche erhalten würden. Inzwischen wird gespielt und, wie zu erwarten war, mit solcher Vehemenz, daß die Abgaben an das Land bedeutende Summen ausmachen. Wir haben auch erfreut aus der Tagespresse erfahren, daß das kulturelle Angebot in Ostfriesland mit Hilfe dieser Gelder verbessert werden soll; Arbeitsgruppen sind bereits eingesetzt, die das Geld in die richtigen Bahnen lenken sollen. Weitere Vorhaben sind geplant, auf die wir uns ebenfalls freuen, an deren Beratung nach unserer Auffassung die kulturelle Heimatpflege aber beteiligt werden sollte. Viele Jahre hat die Rote Mappe immer wieder einen, wie wir es damals nannten, „Fonds für Landespflege“ gefordert. Nun bieten die Spielbankenabgaben endlich eine Möglichkeit, in diesem Sinne etwas zu tun. Diese zusätzlichen Gelder dürfen aber nur zur Verstärkung der ordentlichen Haushaltsmittel dienen, nicht diese ersetzen.

Das Thema Klosterkammer scheint im politischen Raum wieder akut zu werden. Offenbar wird außer an Strukturveränderungen auch an eine Änderung der Rechtsstellung der niedersächsischen Klöster und Stifte gedacht. Wir betonen zum wiederholten Male ausdrücklich, daß wir uns mit aller Entschiedenheit für diese herkömmlichen heimatgebundenen Einrichtungen einsetzen, die in besonderer Weise unsere Kulturlandschaft bis zum heutigen Tage mit prägen. Damit wieder ein echtes Gegenüber bei der Vertretung der Fondsinteressen geschaffen wird, meinen wir, die Landesregierung müsse erst einmal einen unabhängigen Präsidenten der Klosterkammer ernennen. Vor allem aber fragen wir die Landesregierung, welche Pläne sie hinsichtlich der Klosterkammer, der Klöster und Stifte nun konkret hat.

Im Europäischen Denkmalschutzjahr wenden wir uns dann zuerst den Problemen der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes zu.

Wenn geschlossene Stadtbilder zerstört werden und verschwinden, wenn bauliche Zusammenhänge der Dörfer gewaltsam gesprengt und Landschaften vernichtet werden, so bedeutet das nicht nur eine materielle Veränderung, sondern vor allem auch eine Verminderung der inneren Substanz im persönlichen und im allgemeinmenschlichen Bereich. Wir meinen, daß unsere Generation nicht das Recht habe, überkommenes Erbe bedenkenlos in Anspruch zu nehmen, indem sie gewachsenes Baugut zerstört und unseren Nachkommen Schreckensbilder monotoner Angleichung überliefert. Unser Bemühen um Baudenkmale und ihre Umgebung gilt in erster Linie dem Menschen, der Heimat und auch dem Staate.

Der Präsident des Deutschen Heimatbundes, Herr Dr. Klaus, hat im Hauptreferat dieses Niedersachsentages über Bilanz und Prognose des Denkmalschutzjahres gesprochen. Auch wir hätten für unser Land gern größere Fortschritte gesehen, aber wir freuen uns doch darüber, daß sich deutlich positive Auswirkungen zeigen. Die uns angeschlossenen Verbände und Vereine haben allenthalben ihre Bestrebungen verstärkt. Manche Städte und Landkreise haben mehr Geld als sonst für die Denkmalpflege zur Verfügung gestellt.

Spielbankenabgaben

Klosterkammer: niedersächsische Klöster und Stifte

Denkmalschutz

Baudenkmalpflege

Das Landesdenkmalschutzgesetz steht vor der Tür. Die Wanderausstellung „Denkmal und Umwelt“, zusammengestellt vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst und dem Deutschen Werkbund Niedersachsen und Bremen, wird 1975 und 1976 im ganzen Lande gezeigt. Der Göttinger Kunstkongreß hat auf seine Weise einen besonderen Akzent gesetzt. - Das Museumsdorf Cloppenburg hat jetzt die Wiedererrichtung der Wehlburg von 1750 vollendet, und es ist auch maßgeblich an einem groß angelegten Versuch beteiligt, eine Bestandsaufnahme aller historischen Objekte und Ensembles im ländlichen Raume Niedersachsens durchzuführen. Hierbei wirken insbesondere der Lehrstuhl Professor Landzettel (TU Hannover) und das Ministerium für Wissenschaft und Kunst mit.

Hoffentlich geht das nun auch so weiter. Was nützt ein Denkmalschutzjahr, wenn nichts hinterherkommt? Wozu hilft ein Denkmalschutzgesetz, wenn nicht genügend Geld für seine Durchführung bewilligt wird? Mit Dokumentationen und Veranstaltungen erzielt man nur negative Wirkungen, wenn ihnen nicht die regelmäßige Arbeit des Tages folgt. Wir richten unseren Appell an die Behörden von der Landesregierung bis zur Gemeindeverwaltung, an Institutionen aller Art und insbesondere auch an jeden einzelnen Bürger, damit er sowohl mithilfe, wenn er gebraucht wird, als auch protestiere, wenn das erforderlich ist.

Wir haben in der Roten Mappe des letzten Jahres auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die für unsere in Jahrhunderten gewachsenen Städte und Dörfer durch den Kraftwagen entstanden sind, und wir räumen nochmals ein: Wenn eine Stadt nicht wirtschaftlich verkümmern soll, darf man sie nicht „autolos“ machen. Ebenso schädlich wäre es aber, wollte man die Struktur unserer Städte ganz dem Diktat des Motorverkehrs unterwerfen und ihr Gesicht entsprechend verzerren. Stadtsanierungen können sinnvoll nur durch Kompromisse erreicht werden, aber wir sagen mit aller Entschiedenheit, daß diese Kompromisse auch vertretbar sein müssen. Sanierung heißt Heilung, und es geht nicht an, durch den Bau autogerechter Straßen und Siedlungskörper unheilbare Wunden zu schlagen.

Wir nennen aus einer Vielzahl in unserem Lande einige kritische Beispiele, in denen nach unserer Auffassung der gesunde Kompromiß noch nicht gefunden werden konnte: Göttingen, Hameln, Northeim und Osnabrück.

Als 1971 das Städtebauförderungsgesetz verabschiedet wurde, wollte man damit ein Instrument schaffen, mit dessen Hilfe über die Bestimmungen des Bundesbaugesetzes hinaus eine sinnvolle Anpassung unserer Altstädte an moderne Erfordernisse in verhältnismäßig kurzer Zeit ermöglicht werden sollte. Denkmalpflegerisch war das Gesetz von Anfang an kritisch zu bewerten. Es hat denn auch manche Erwartungen nicht erfüllen können. Die wirtschaftliche Lage hat sich zudem geändert, so daß sich insbesondere im Wohnungs- und Städtebereich Krisen ergeben haben. Außerdem konnten sich, wenigstens in Ansätzen, inzwischen andere städtebauliche Zielvorstellungen durchsetzen. In weit größerem Umfang als bislang denkt man heute daran, alte Häuser zu modernisieren. Das könnte sich denkmalfreundlich auswirken. Wir freuen uns darüber, daß die jüngst veröffentlichten Richtlinien zum Städtebauförderungsgesetz die Erhaltung in besonderem Maße fordern. Leider orientierten sich die meisten niedersächsischen Sanierungsvorhaben - wir haben eben einige aus der Gesamtzahl von 54 genannt - aber noch an überholten städtebaulichen Leitgedanken, und wir fordern, daß umgedacht und umgeplant wird.

Nach der Niedersächsischen Bauordnung von 1974 müssen zwar Baudenkmale in Bebauungsplänen namentlich aufgeführt werden, leider bedeutet das noch keine Änderung der ursprünglichen Planvorstellung, bei der mit Baudenkmalen nicht gerechnet wurde. Besonders nachteilig wirkt es sich immer wieder aus, daß zahlreiche Gemeinden solchen Generalverkehrsplänen völlig unkritisch gegenüberstehen, deren Leitgedanke die autogerechte Stadt ist. Daß in dieser Hinsicht ein radikales Umdenken möglich ist, haben Städte wie Wiesbaden u. a. gezeigt. In Niedersachsen kennen wir kein Beispiel. Es muß auch deutlich gesagt werden, daß die Förderung vieler Vorhaben auf Landesebene nicht koordiniert wird. Die geringen der Denkmalpflege zur Verfügung stehenden Mittel werden in ihrer Wirkung dadurch zusätzlich entwertet, daß Fachbereiche mit ihr entgegenstehenden Tendenzen auf erheblich größere finanzielle Hilfe durch die öffentliche Hand rechnen können.

Denkmalschutzgesetz

Wehlburg

Bestandsaufnahme ländlicher Baudenkmale

Stadtsanierungen

Städtebauförderungsgesetz

Niedersächsische Bauordnung

Wir wiederholen unsere Kritik an der Ausstattung der Baudenkmalpflege. Die Beihilfemittel sind nach wie vor, gemessen an den Summen, die andere Länder dafür ausgeben, beschämend gering. Die personelle Ausstattung, insbesondere bei den Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken in Hannover, Braunschweig, Lüneburg und Oldenburg, ist viel zu schwach. Die Zahl der Konservatoren müßte verdoppelt, die der Hilfskräfte bedeutend vergrößert werden. Die Rote Mappe fordert noch an anderer Stelle die Vermehrung von Planstellen, obwohl wir genau wissen, wie angespannt die Haushaltslage ist. Deshalb gehen wir auf den Einwand, der Beamtenapparat dürfe nicht weiter aufgebläht werden, schon gleich ein: Das Innenministerium rechnet damit, daß durch die Bezirksreform rund 800 Planstellen eingespart werden; demgegenüber nehmen sich unsere Wünsche, die auf höchstens ein paar Dutzend Stellen zielen, bescheiden genug aus. Wir bitten zu erwägen, ob z. B. im Bereich der Denkmalpflege eine Verlegung von Stellen sinnvoll wäre. Im übrigen sind die von uns vertretenen Bereiche in der Vergangenheit gar zu stiefmütterlich behandelt worden, und schließlich wollen wir keine Stellen für die Verwaltung, sondern für gesellschaftliche Funktionen.

Aus der Fülle der Bemühungen um die Denkmalpflege nennen wir nur einige Beispiele, die stellvertretend für viele andere stehen mögen.

In Hannoversch-Münden ist im Mai ds. Js. die Arbeitsgemeinschaft historischer Fachwerkstädte gegründet worden, der inzwischen 47 Städte aus Niedersachsen und Hessen angehören. Wir hoffen, daß sich ihre Arbeit positiv entwickeln und auf einen weiteren Bereich erstrecken wird.

Die von uns schon 1974 genannte Interessengemeinschaft „Bauernhaus“ Kreis Grafschaft Hoya hat inzwischen zwei Aktionen „Tag der offenen Tür“ durchgeführt. Es ist ihr in kurzer Zeit gelungen, neue Nutzungen für erhaltungswürdige Gebäude zu finden und manches denkmalwerte Haus vor der Planierfraße zu bewahren. - Eine entsprechende Interessengemeinschaft gibt es auch in Isernhagen bei Hannover. Der neugegründete Geschichts- und Museumsverein für Buchholz (Nordheide) hat seine Tätigkeit ebenfalls mit denkmalpflegerischer Aktivität begonnen. - In Niedersachsen ist eine Anzahl von Wettbewerben für die bauliche Gestaltung von Fachwerkhäusern ausgeschrieben worden. Wir nennen, stellvertretend für alle, die mit Preisen von insgesamt 10 000 DM ausgestattete Ausschreibung in Holzminde.

Schwere Sorge macht es uns, daß durch die Auflösung vieler kleiner Amtsgerichte für eine Anzahl schöner alter Gebäude keine Nutzung mehr vorhanden ist, Solche Baudenkmale müssen ortsnah verwaltet und unterhalten werden. Wir freuen uns darüber, daß in einer Anzahl von Fällen das Land bei Verkaufsverhandlungen nicht den vollen Wert verlangt hat, wenn sichergestellt war, daß der Übernehmer die erforderlichen baulichen und denkmalpflegerischen Auflagen anerkannte.

Mit besonderer Freude berichten wir von Erfolgen. So sind wir stolz auf das Bild, das die Altstadt von Goslar bietet. Wichtige Grundlage dieses Erfolges ist die Ortssatzung von 1964, die von der Bevölkerung akzeptiert worden ist, wie das heutige Stadtbild beweist.

Durch gemeinsame Anstrengungen von Staat, Stadt, Kirche und einer Bürgerinitiative ist es gelungen, den hochbedeutsamen Bau der Klosterkirche zu Riddagshausen wiederherzustellen.

Im Hannoverschen Wendland wird die Arbeit des Vereins zur Erhaltung von Rundlingen erfolgreich fortgesetzt. Der „Wendlandhof“ ist in diesem Jahre fertig geworden. Wir freuen uns, daß die Stadt Lüchow für den Ortsteil Satemin eine Ortsatzung erlassen hat.

Der Rundlingsverein führte zum diesjährigen Rundlingstag (13. September) eine Sonderschau unter dem Thema „Die Rundlinge des Hannoverschen Wendlandes - ein Beitrag zum Europäischen Denkmalschutzjahr 1975“ durch.

Ausstattung der staatlichen Baudenkmalpflege

Arbeitsgemeinschaft historischer Fachwerkstädte

Aktivitäten zur Erhaltung denkmalwürdiger Häuser in Stadt und Land

Goslar

Klosterkirche Riddagshausen

Rundlinge im Hannoverschen Wendland

Das Schloß Ahlden hat zu unserer Genugtuung einen Käufer und eine neue Nutzung gefunden. - Für Schloß Medingen besteht gute Aussicht, es mit neuem Leben zu erfüllen.

Ahlden und Medingen

Der Bau einer Tiefgarage in Lüneburg konnte glücklicherweise verhindert werden. Die jetzige Lösung, nämlich die vollständige Befreiung des Marktplatzes vom ruhenden Verkehr, ist aus denkmalpflegerischer Sicht sehr zu begrüßen.

Lüneburg

Es ist endlich gelungen, für das Wasserkraftwerk Oldau (Kreis Celle), ein technisches Kulturdenkmal, einen neuen Pächter zu finden. So wird die Anlage für lange Zeit erhalten bleiben.

Oldau

Ein anderes technisches Kulturdenkmal war vom Abbruch bedroht, die Schwebefähre über die Oste bei Osten, die mit ihrem bizarren Stahlgitterwerk das Landschaftsbild beherrscht. Zu unserer Freude haben der Kreis Land Hadeln und das Land Niedersachsen nun ihre Erhaltung für die nähere Zukunft gesichert.

Schwebefähre bei Osten

Das 150jährige Heimathaus in Soltau, eines der wenigen erhaltenen doppelstöckigen Fachwerkhäuser in der Heide, konnte restauriert werden.

Soltau

Das Haus der Landschaft in Hildesheim ist wiederhergestellt, und für das Gotische Fachwerkhaus sowie für seine Umgebung bahnt sich offenbar eine Lösung an.

Hildesheim

Der Kirchturm in Sattenhausen, eine der wenigen dörflichen Anlagen dieser Art im niedersächsischen Raum, wird zu unserer Freude restauriert werden.

Sattenhausen

Die alten Bauten der „Herrlichkeit Lage“ werden vom Landkreis Grafschaft Bentheim als Einheit erhalten. - Es ist dem Kreis auch gelungen, mehrere durch den Ausbau der B 403 gefährdete wertvolle Baudenkmale dadurch zu retten, daß er dein Straßenbauamt in Lingen Gegenvorstellungen vorgelegt hat.

Herrlichkeit Lage

Dieses Beispiel zeigt, daß harte Eingriffe bei gutem Willen aller Beteiligten oft gemildert werden können. Leider ist solch guter Wille in sehr vielen Fällen noch nicht vorhanden.

Die Stadt Lingen nahm ihre 1000-Jahrfeier zum Anlaß, den denkmalwürdigen Häusern ihrer Innenstadt eine besondere Pflege angedeihen zu lassen.

Lingen

Die Stadt Wilhelmshaven hat ein sinnvolles Fünfpunkteprogramm für Denkmalschutz und Stadtbildpflege aufgestellt.

Wilhelmshaven

Die Burg Bederkesa ist jetzt vom Landkreis Wesermünde gekauft worden, und wir hoffen, daß seitens des Landes auch finanzielle Hilfe zum Ausbau geleistet wird, wie das bereits beim Kauf geschehen ist.

Burg Bederkesa

Die Rettung der berühmten Arp-Schnitger-Orgel in Cappel ist in erster Linie starker Bürgerinitiative zu verdanken. Nachdem nun der Landkreis Wesermünde eine erhebliche Beihilfe gegeben hat, stimmt die Evangelische Landeskirche der Instandsetzung der Orgel zu.

Arp-Schnitger-Orgel in Cappel

Zu unserer Freude hat der Rat der Stadt Stade beschlossen, das beherrschende Bauwerk des Schwedenspeichers zu restaurieren und zu renovieren; in ihm wird ein Museum untergebracht werden.

Schwedenspeicher in Stade

Neben dem Kranichhaus in Otterndorf, das ein wertvolles Museum enthält, ist ein historischer Speicher als Archivgebäude eingerichtet worden.

Otterndorf

Der Landkreis Leer hat nach dem Kauf des Gutes Stikelkamp und der Übernahme der Haneburg nun auch die Evenburg in Loga, eine Wasserburg mit barockem Kern, erworben. Alle drei Schlösser werden sinnvollen Nutzungen zugeführt.

Landkreis Leer

Überall im Lande werden denkmalwürdige Mühlen erhalten. Positive Nachrichten haben wir aus Oldenburg sowie den Landkreisen Aschendorf-Hümmling, Wesermünde, Osterholz-Scharmbeck und Harburg erhalten.

Mühlen

Im § 35 des Bundesbaugesetzes wird die Zulässigkeit von Bauvorhaben in der freien Landschaft von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht. Auch im ländlichen Raum muß aber geschlossen gebaut werden; auf keinen Fall darf die Landschaft zersiedelt werden. Deshalb müssen die Gemeinden streng darauf achten, daß dieser wichtige Paragraph nicht aufgeweicht und umgangen wird. Ebenso wenden wir uns entschieden gegen eine etwaige Lockerung der Bestimmungen durch Gesetz.

§ 35 des Bundesbaugesetzes

Allerdings dürfen - bei voller Berücksichtigung der Belange der Landespflege - die Interessen der Denkmalpflege an der Erhaltung von Gebäuden und Gebäudegruppen in der Landschaft nicht vernachlässigt werden.

Wie in anderen Jahren haben wir im Bereich der Baudenkmalpflege erhebliche Sorgen um einzelne Objekte.

So mußten wir mit Bestürzung erfahren, das zur staatlichen Domäne Achim (Kreis Wolfenbüttel) gehörende frühere Amtshaus solle abgebrochen und durch einen Bungalow für den bisherigen Domänenpächter ersetzt werden.

Domäne Achim

Das aus der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts stammende Gebäude stellt eines der selten gewordenen Beispiele niedersächsischer Landsitze der Barockzeit dar. Nach sorgfältiger Renovierung könnte es zu den Anziehungspunkten im benachteiligten südöstlichen Grenzraum unseres Landes gehören. Die Verantwortlichen sollten im Jahre des Denkmalschutzes am konkreten Einzelfall beweisen, wie ernst es ihnen mit der Erhaltung unseres kulturellen Erbes ist. § 55 der Niedersächsischen Bauordnung steht dem Abbruch des Amtshauses in Achim jedenfalls so lange zwingend entgegen, als nicht nachgewiesen ist, daß alle nur denkbaren Anstrengungen zur Erhaltung des Gebäudes erfolglos geblieben sind.

Die Stadt Wolfsburg hat ihr Schloß unter Aufwendung erheblicher Mittel weitgehend wiederhergestellt. Sie hat den Schloßpark erhalten und auch den Barockgarten neu angelegt. Das so geschaffene Ensemble würde aber stark beeinträchtigt, wenn es nicht gelänge, die ehemalige Brausehütte zu restaurieren. Das kann die Stadt bei ihrer z. Zt. angespannten Finanzlage nicht, und wir meinen, hier müsse das Land helfend einspringen.

Wolfsburg

Die Landeshauptstadt Hannover ist nach unserer Auffassung weder durch das Hotel-Hochhaus an der Stadthalle noch durch das „KröpckeCenter“ schöner geworden. Die Beseitigung des Parkplatzes am Leibnizufer haben wir schon mehrmals gefordert. Im Bereich des Leineschlusses gibt es auch sonst noch einige gravierende Mißstände, u. a. die ungepflegten Rückfronten der Häuser an der Karmarschstraße und den Bauhof mit seinem häßlichen Bretterzaun jenseits des Friederikenkreisel. In den Hauptstädten anderer Bundesländer lassen sich nach unserer Auffassung nur schwer Beispiele ähnlicher Vernachlässigung in der Nähe des Parlaments finden.

Landeshauptstadt Hannover

Bebauungspläne in Neustadt am Rübenberge sehen vor, die Zehntscheune aus dem 17. Jahrhundert abzureißen und das historische Gebiet in der Schloßstraße zu zerschneiden. Wir unterstützen unsere Neustädter Freunde bei Ihrem Widerstand dagegen, zumal sie gute Alternativvorschläge gemacht haben.

Neustadt am Rübenberge

Wir haben schon einmal gefordert, die als romanische Basilika erbaute Martini-Kirche in Moringen zu retten. Kirchengemeinde und Bevölkerung haben nun einen hohen Betrag gesammelt, so daß jetzt die Landesregierung am Zuge wäre.

Moringen

1974 haben wir über den Verkauf des ehemaligen Klostersgutes in Northeim durch die Klosterkammer berichtet. Der Verkauf der historischen Keimzelle der Stadt mit der Kapelle, der sog. Lateinschule, dem Herrenhaus, den Gewölben und dem Kreuzgang bedarf noch der Genehmigung durch den Landtag, dem nun eine Eingabe vorliegt, in der gebeten wird,

Northeim

den Verkauf zu verhindern. - Auf keinen Fall dürfen diese wertvollen historischen Bauten geopfert werden. Solange ihr Bestand nicht absolut gesichert ist, trägt die Klosterkammer die volle Verantwortung.

Möge es auch gelingen, die Wüstung Medenheim in Northeim vor der Zerstörung durch eine Erweiterung der Industriezonen Northeims zu bewahren. Medenheim hat auch überregional für die Wüstungsforschung erhebliche Bedeutung.

Der Turm der Winzenburg im Kreis Alfeld ist vom vollständigen Verfall bedroht. Wir bitten auch das Land, hier schnell zu helfen. Der Verkehrsverein „Südlicher Sackwald“ hat eine kostenlose Mithilfe angeboten.

Der Heimatbund Osnabrücker Land hat uns wieder einen ausführlichen Bericht über seine Aktivitäten gegeben. Wir nennen hier einige der wichtigsten Probleme:

Der Heimatbund bemüht sich, alle noch erhaltenen Teile der Osnabrücker Landwehr unter Denkmalschutz stellen zu lassen. Er beabsichtigt ferner, im „alten Dorf“ in Wallenhorst ein Heimatdorf zu errichten, in dem um die St. Alexander-Kirche herum sechzehn baugeschichtlich wertvolle Häuser aus dem 17. und 18. Jahrhundert sinnvollen Nutzungen zugeführt werden sollen. Schließlich ist es gelungen, die „Alte Post“ in Bramsche, die wir in der Roten Mappe des Jahres 1973 genannt haben, endgültig zu retten.

In Winsen/Luhe sieht ein vor Jahren aufgestellter Sanierungsplan vor, nahezu die gesamte Altstadt abzurechen. Hier ist ein schnelles Umlenken dringend erforderlich.

Über den Abbruch eines wertvollen Bauernhofes in Hedendorf (Stadt Buxtehude) haben wir schon im vorigen Jahre berichtet. Der von der Stadt verhängte Bußgeldbescheid ist inzwischen vom Amtsgericht aufgehoben worden; jetzt liegt der Fall einem Berufungsgericht vor. Wir hoffen sehr, daß in diesem empörenden Fall doch eine fühlbare Strafe ausgesprochen wird.

In der Stadt Brake/Unterweser war im Zuge der Deichverstärkung geplant, drei zum historischen Teil der Stadt gehörende Häuser abzurechen. Da dieser Abbruch einen nachteiligen Eingriff in das gewachsene Stadtbild bedeuten würde, haben die Oldenburgische Landschaft und eine Bürgerinitiative ihre Bedenken angemeldet. Wir unterstützen ihre Bemühungen.

In anderen Teilen der Stadt sind Landschaft und Bürgerinitiative schon erfolgreich gewesen.

Wir bedauern sehr, daß die denkmalwürdige Drostenschule in Jever seitens des Landkreises Friesland zum Abbruch freigegeben worden ist. Allerdings haben wir die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben.

Nun wenden wir uns der Bodendenkmalpflege zu und nennen zuerst mit besonderer Anerkennung die im Auftrage des Ministers für Wissenschaft und Kunst von Dr. Peters (Niedersächsisches Landesverwaltungsamt) herausgegebene „Dokumentation zur Archäologie Niedersachsens in Denkmalpflege und Forschung“. 28 Archäologen in allen Teilen des Landes haben zu diesem ebenso repräsentativen wie informierenden Werke Beiträge geliefert, die für Fachleute und interessierte Laien gleichermaßen wertvoll sind.

Für die Bodendenkmalpflege gilt im Grundsatz das, was wir für die Baudenkmalpflege feststellen müssen:

Winzenburg

Heimatbund Osnabrücker Land

Winsen/Luhe

Bodendenkmalpflege

Dokumentation

Ihre personelle Ausstattung ist immer noch unzureichend. So stehen beispielsweise für die beiden Regierungsbezirke Lüneburg und Stade zusammen nur 1 Archäologe und 1 Grabungstechniker zur Verfügung, die jährlich über tausend archäologische Funde zu bearbeiten haben. Auch für die Pflegemaßnahmen sind nur geringe Mittel vorhanden. Die Neuorganisation der Denkmalpflege hat sich sowohl bei der Boden- als auch bei der Baudenkmalpflege positiv dahingehend ausgewirkt, daß sich nun in der Mittelinstanz eine enge Zusammenarbeit der Denkmalpflegebehörden mit den verschiedenen Behörden der Landesplanung ergeben hat. Höchst erfreulich ist auch die Einrichtung von Planstellen für Archäologen bei einzelnen Kommunen. Erfahrungsgemäß bedeutet die Tätigkeit von Kreisarchäologen eine erhebliche Bereicherung regionaler Kulturtätigkeit. Das zeigt sich besonders deutlich an den Beispielen Rotenburg, Wesermünde/ Hadeln und Uelzen wie in Ostfriesland. Man kann sagen, daß besonders befriedigende Ergebnisse der bodendenkmalpflegerischen Arbeiten vor allem in solchen Kreisen erzielt werden, in denen Archäologen an Museen oder in den Kreisverwaltungen tätig sind und den Bezirksarchäologen, die zur Zeit in einer Fülle von Kleinarbeit geradezu ersticken, die praktische Arbeit abnehmen können. Das muß unbedingt auch im Zusammenhang mit der Kreisreform beachtet werden.

Im einzelnen merken wir zur Praxis folgendes an:

Nach dem vor einigen Jahren bei Flögel angelegten Vorgeschichtspfad, der vom Publikum, besonders von der Jugend, überraschend gut angenommen wurde, ist nun ein weiterer Vorgeschichtspfad im Gebiet des Düngel im Kreise Wesermünde entstanden.

Im Kreise Wesermünde ist die Rettung des Turmhügels von Bexhövede gelungen. Dabei muß die Haltung des Grundbesitzers anerkannt werden, der hier auf die Nutzung eines hervorragend geeigneten Bauplatzes verzichtet hat.

Die vielen im Stadtgebiet von Wilhelmshaven noch vorhandenen Wurtten, die zum Teil durch Bauten verschiedener Art bedroht sind, sollten ihrer landschaftlich typischen Bedeutung entsprechend unter Schutz gestellt werden.

Durch den geplanten Autobahnbau ist bei Ahlhorn/Oldenburg ein Hügelgräberfeld der vorrömischen Eisenzeit gefährdet. Ein deutsch-niederländisches Studienlager gräbt hier mit Unterstützung der Oldenburgischen Landschaft.

Nach der Umsetzung der Wehburg in das Museumsdorf Cloppenburg sind ganz neue siedlungsarchäologische Erkenntnisse gewonnen und in einer wichtigen Publikation vorgelegt worden.

Zu unserer Freude ist auf langjähriges Drängen des Heimatbundes Osnabrücker Land, der immer eine archäologische Erschließung des Osnabrücker Stadtkerns gefordert hatte, die Stelle eines Bodendenkmalpflegers für den Stadt- und Landkreis Osnabrück eingerichtet worden.

Wir wenden uns nun dem Sachgebiet Naturschutz und Landschaftspflege zu. In diesem Jahre sind unsere Hauptthemen: Erholungsgebiete, Straßenbau Feuchtgebiete und Wasserwirtschaft. Die Beobachtung und Pflege des Wasserhaushalts wird angesichts einer das Leben von Mensch, Tier und Pflanze bedrohenden Entwicklung immer wichtiger. Das gilt nicht etwa nur für Niedersachsen oder Mitteleuropa, sondern dieses Problem ist überall außerordentlich brennend geworden.

Beginnen wir mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen zur Landespflege: Wir fordern, daß das Klagerecht der Verbände sowohl in das kommende Bundesnaturschutzgesetz als auch in das zu erwartende Landespflegegesetz eingefügt wer-

Personelle Ausstattung

Kreisarchäologen

Landkreis Wesermünde

Wilhelmshaven

Ahlhorn

Osnabrück

Naturschutz und Landschaftspflege

Klagerecht der Verbände

de; damit wiederholen wir unsere schon vor Jahresfrist erhobene dringliche Forderung, die zu unserer Freude vom Deutschen Heimatbund durch eine Eingabe an den Deutschen Bundestag unterstützt worden ist.

Der jetzt vorliegende Entwurf für ein Bundesnaturschutzgesetz enthält zu unserem Bedauern folgenden Satz: „Die ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft ist kein Eingriff in die Landschaft.“ Diese Aussage trifft nicht zu; es ist vielmehr allgemein bekannt, wie negativ sich die Anwendung mancher modernen land- und forstwirtschaftlichen Methode auf die Landwirtschaft auswirken muß. Überdies ist schon vom Grundsatz der Gleichbehandlung her eine solche Bevorzugung eines Wirtschaftszweiges nicht anzuerkennen. Die allgemeinen Grundsätze des Umwelt- und Naturschutzes gelten für alle; das neue Naturschutzrecht muß sich ebenso auf die besiedelte und bebauten wie auf die freie Landschaft beziehen.

Bundesnaturschutzgesetz

Durch das zu erwartende Bundesberggesetz darf unser Bodenabbaugesetz nicht aufgehoben werden. Wir setzen uns dafür ein, daß die Bergbehörden für Fragen der Landschaftspflege in ihrem Bereich in 2. Instanz nicht mehr allein zuständig sein sollen.

Bundesberggesetz

Im neuen Landespflegegesetz müßten Naturschutzflächen von Beiträgen zu Unterhaltungsverbänden freigestellt werden.

Weiterhin brauchen wir dringend eine gesetzliche Ermächtigung für Verordnungen, durch die Bäume und Baumgruppen in größeren Städten geschützt werden.

Wir sind der Meinung, daß in Naturparks Maßnahmen der Landschaftspflege Vorrang haben sollten; im Interesse von Fremdenverkehr einerseits und von Erholung andererseits werden verschiedene, manchmal gegensätzliche Forderungen erhoben. Das sollte von vornherein berücksichtigt werden; für die jetzt im Gange befindliche Diskussion um den Naturpark Harz fordern wir eine ausreichende Frist, damit die kontroversen Auffassungen in Ruhe gegeneinander abgewogen werden können.

Naturparke

Aus Berichten von Justizbehörden geht hervor, daß die Bevölkerung es mehr und mehr unterläßt, Umweltsünder anzuzeigen. Das bedauern wir ebenso wie die Tatsache, daß in zunehmendem Maße seitens der Gerichte Bußgelder bei Verstößen gegen die Umweltbestimmungen erheblich herabgesetzt oder die Verfahren eingestellt werden.

Umweltverschmutzung

In den Wäldern, insbesondere an Waldrändern, aber auch an Straßengraben, findet man immer wieder Abfall, der von unverantwortlichen Mitbürgern einfach dort hingetragen worden ist. Wir meinen, daß alle, denen der Umweltschutz ein wirkliches Anliegen ist, hier mithelfen müßten; wenn die Umweltverschmutzer nicht an ihrem Tun gehindert werden können, sollten sie rücksichtslos angezeigt werden.

Wenn auch die Haushaltsmittel des Landes für Naturschutz und Landschaftspflege erheblich gesteigert worden sind, so weisen wir doch darauf hin, daß die bei den Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken eingerichteten Dezernate aufs äußerste überlastet sind. Zu ihrer Entlastung sollten noch mehr Landkreise entsprechende Planstellen einrichten.

Personelle Ausstattung der Naturschutzbehörden

Die Bundesrepublik Deutschland ist dem internationalen „Übereinkommen über Feuchtgebiete“ beigetreten; davon erhoffen wir uns eine positive Auswirkung auch auf unser Land. Unser Hinweis gilt dem Schutz der Feuchtgebiete im Küstenbereich, also dem Wattenmeer, der Niederelbe, dem Jadebusen, dem Dollart und dem Knechtsand, allen Flußmündungen, aber auch den vielen Gebieten im Binnenlande: der Elbe zwischen Lauenburg und Schnackenburg, der Alleeniederung, dem Dümmer, dem Steinhuder Meer und den niedersächsischen Mooren.

Feuchtgebiete

Die Entwicklung der Drömling-Landschaft macht uns weiterhin Sorge, hier besteht die Gefahr einer Grundwasserabsenkung durch die Genehmigung des Wasserwerks Rühren. Eine Abstimmung zwischen der Forstverwaltung und den Naturschutzbehörden ist dringend erforderlich.

Drömling

Bei laufenden Verhandlungen mit der DDR muß darauf gedrungen werden, daß einschneidende Eingriffe in den Wasserhaushalt im Grenzbereich vermieden werden.

Der von uns 1974 begrüßte Runderlaß von Landwirtschafts- und Kultusminister über die Berücksichtigung des Naturschutzes bei wasserbaulichen Maßnahmen hat sich positiv ausgewirkt. Es gibt aber noch kritische Fälle, von denen wir zwei nennen: das Bagbänder Tief und das Hochwasserrückhaltebecken Salzderhelden. Wir hoffen, daß es hier nicht zu einem totalen Ausbau kommt; namentlich im geplanten Staubereich der Leine liegen die schönsten und biologisch-ökologisch wertvollsten Strecken der südlichen Leine.

Bedenken haben wir auch gegen die übermäßige Verwendung von Kunststofffolien zur Uferbefestigung an Teichen, Bächen und Gräben. Solche Folien werden fast senkrecht zwischen Pfählen am Ufer angebracht und reichen im Wasser bis auf den Boden. Dadurch wird die für viele Lebewesen so wichtige Kontaktzone Land-Wasser fast völlig unterbrochen. Die Folge ist, daß selbst Wassertiere wie Frösche, Kröten und Molche umkommen müssen; andere finden im Uferbereich keine Unterstände mehr. Zu unserer Überraschung werden solche Kunststofffolien selbst in hannoverschen Parks verwendet, und zwar an Ufern, die man gar nicht so aufwendig hätte zu befestigen brauchen. Wir fordern die Anwendung biologisch einwandfreier Methoden.

Andererseits freuen wir uns darüber, daß Stadt und Landkreis Northeim eine Landschaftsplanung erstellen lassen, damit das große Kiesseengebiet im Leinetal für Erholung und Naturschutz nutzbar gemacht werden kann. - Diese „Northeimer Seenplatte“ haben wir schon vor Jahren gefordert.

Bei der Aufbereitung der Leineau im Bereich des Großraums Hannover steht zu unserem Erstaunen die Landeshauptstadt erheblich hinter Hemmingen-Westerfeld zurück.

Wir meinen, daß viele Bodenabbaustellen im Bereich der Weseraue nahe den größeren Ortschaften Erholungsfunktionen haben und in abgelegenen Bereichen für Biotopgestaltung vorgesehen werden sollten.

Für das Erholungsgebiet Wesertal in der Grafschaft Schaumburg liegt nun ein erster Abbauleitplan gedruckt vor. Ähnliche Pläne in anderen Gebieten für Räume mit entsprechenden Kies-, Sand- und Steinvorkommen sind vorgesehen.

Viele weitverstreute, durch Bodenabbau geschaffene Wasserflächen werden entweder zu Spekulationsobjekten oder durch wildes Zelten verschmutzt. Das Bodenabbaugesetz allein ist nicht geeignet, schwere Nachteile, die so entstehen, zu verhindern. Wir halten es für die Pflicht der Landkreise, hier Aufsicht zu führen.

Beim Bau des oberen Sieberstausees erwarten wir von der Landesregierung, daß sie die gegebenen Möglichkeiten im Sinne des Naturschutzes und der Erholung voll ausschöpft.

Im letzten Jahre haben wir berichtet, daß bei der Interessenkollision um den Seeburger See im Landkreis Göttingen die Bedrohung durch die Wasserwirtschaft abgewendet werden konnte, die gegensätzlichen Bestrebungen von Naturschutz und Fremdenverkehr aber noch nicht ganz ausgeglichen seien. Nach unserer Auffassung läßt sich hier doch kein Kompromiß schaffen, so daß nun eine klare Entscheidung getroffen werden muß.

Bei der Beseitigung von Abfällen geht man jetzt mit Vorliebe in die Moore und ähnlich reizvolle Landschaften. Wir wollen auch keine wilden Deponien, aber man sollte doch wenigstens nach anderen Möglichkeiten suchen, damit nicht unnötig wertvolle Landschaftsteile zerstört werden. - Im Verbandsplan Großraum Hannover ist das Helstorfer Moor als Deponiefläche eingetragen. Da es sich um ein wertvolles, lebendiges Moor handelt, bemühen sich die Behörden zu unserer Freude auf Weisung des Landwirtschaftsministers, andere geeignete Flächen zu finden.

Naturschutz und Wasserbau

Kunststofffolien zur Uferbefestigung

Leine

Weser

Neue Wasserflächen

Sieberstausee

Seeburger See

Helstorfer Moor

Von unseren Freunden aus dem Landkreis Friesland hören wir, das Moorsee-Naturschutzgebiet „Lengener Meer“ sei durch die Flurbereinigung Neuenburg stark gefährdet. Zwar solle das bestehende Schutzgebiet um rd. 70 ha Moorflächen erweitert werden, die übrigen Moorflächen in der Umgebung seien jedoch für die Kultivierung vorgesehen, durch deren Folgen das Schutzgebiet ernstlich bedroht werden könne. Ebenso befürchtet man, daß in anderen Bereichen durch diese Flurbereinigung zu viele Wallhecken, Bäume, Büsche und Teiche beseitigt werden. Wir fordern deshalb eine gründliche landespflegerische Bestandsaufnahme als Grundlage für den Flurbereinigungsplan, damit die wenigen Reste wertvoller Landschaftsteile, die es hier gibt, nicht verlorengehen.

Lengener Meer

Als schlechtes Beispiel für die Flurbereinigung nennen wir das Emstal. Hier ist eine völlig ebene Ackerlandschaft entstanden, die reizvolle Mannigfaltigkeit der mit ihren Feuchtgebieten so wichtigen Landschaft ist verlorengegangen. Deshalb sind wir froh über den neuen Runderlaß des niedersächsischen Landwirtschaftsministers zur Flurbereinigung und werden darauf achten, daß er auch eingehalten wird.

Flurbereinigung

Die Öffentlichkeit erwartet eine eindeutige Erklärung darüber, wie die Bewirtschaftung der heute noch betriebenen Teiche und Gräben im Oberharz aufrechterhalten werden kann. Durch das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen sollte festgestellt werden, welche Möglichkeiten es außer der Konzeption der Harzwasserwerke noch gibt.

Teiche und Gräben im Oberharz

Gaim und Bockmer Holz, zwei wertvolle Auewälder, stehen zwar unter Landschaftsschutz, sind aber leider nicht vor der Zerstörung durch den Menschen geschützt, da sie nur wenige Autominuten vor den Toren Hannovers liegen. Hier müßte verstärkt Aufsicht geübt werden. Für die stadtnahen Auewälder Hannovers sollten alle „teilgeschützten“ Pflanzen vollen Schutz erhalten; es sollte also auch verboten werden, die oberirdischen Pflanzenteile abzupflücken. Wir schlagen vor, naturliebende Bürger zu ehrenamtlichen Aufsehern zu bestellen und sie mit ausreichenden Befugnissen auszustatten.

Gaim und Bockmer Holz

Die Grasdorfer und Laatzener Masch sind seit Jahrzehnten Forschungsbereiche der Ornithologen. Wir freuen uns darüber, daß die Jugendgruppe des Hannoverschen Vogelschutzvereins hier seit Jahren Erhaltungs- und Pflegearbeiten leistet. Dieses wissenschaftlich interessante Gebiet sollte unter Naturschutz gestellt werden.

Grasdorfer und Laatzener Masch

Unsere im vergangenen Jahr geäußerte Sorge um eine Kolonie von Graureihern und Saatkrahnen in Clüverswerder (Landkreis Verden) besteht weiter. Wir hoffen, daß es den dortigen Vogelschützern gelingt, den Bau einer Fußgängerbrücke zu der belebten Vogelinself zu verhindern.

Clüverswerder

Im Bereich von Lüchow gibt es ein von Menschenhand geschaffenes Vogelparadies, einen Teich von einem halben Hektar Größe, der von einem Auewald umgeben und durch ein mehrere hundert Meter breites Dickicht geschützt ist. Hier leben nun 20 Reiher neben anderen seltenen Vögeln wie dem Eisvogel und dem Schwarzstorch. Im Bereich des Regierungsbezirks Lüneburg sind bereits mehr als zwanzig solcher flacher, gut in die Landschaft eingebundener Teiche mit Brutinseln geschaffen worden. Forstleute und Naturschützer arbeiten hier erfolgreich zusammen.

Lüchow

Dem Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium ist es zu unserer Freude gelungen, in den Entwurf eines niedersächsischen Fischereigesetzes eine Bestimmung einzubringen, nach der Fischereiberechtigte auf die natürlichen Lebensgemeinschaften im und am Wasser Rücksicht nehmen müssen.

Niedersächsisches Fischereigesetz

Ein wirksamer Artenschutz setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen Naturschutz- und Jagdbehörden voraus. Wir bitten, daß die nach dem Jagdgesetz ganzjährig geschonten Tiere auch gleichzeitig unter Naturschutz gestellt werden. In Streitfragen solcher Art sind wir immer als Vermittler aufgetreten und glauben deshalb sicher, auch jetzt gehört zu werden.

Die Autobahnen in Niedersachsen sind fast beispielhaft mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt. Wir sehen aber mit Besorgnis, daß vornehmlich an den älteren Strecken die Pflanzungen zu dicht geworden sind und zu verwehrlos drohen. Sie müssen deshalb sobald wie möglich ausgelichtet werden; der Schaden wird immer größer, je länger man wartet.

Fast täglich werden beim Ausbau von Straßen, vor allem auch in geschlossenen Ortschaften, Baumbestände beseitigt. So entstehen wohl „schnellere“ Straßen, aber sie werden erkauft mit dem Verlust der Schönheit und Wohnlichkeit unserer Städte, Dörfer und Landschaften. Wir fordern dringend, daß alle Fälle durch die sogenannten Baumschauen geklärt werden, zu denen auch Naturschutzbeauftragte und Mitglieder unserer Heimatvereine herangezogen werden müssen.

Der Ausbau von Straßen und Wegen ist oft mit starken Eingriffen in die Landschaft verbunden. Das ist besonders in der Lüneburger Heide aufgefallen. Bei den Straßenbauern sollte sich die Einsicht durchsetzen, daß eine Straße nicht durchgehend mit Höchstgeschwindigkeit befahren werden muß. Die „autogerechte Straße“ kann leicht die Natur zerstören. Der Zwang zum Geschwindigkeitswechsel hingegen verhindert frühe Ermüdung am Steuer und gibt dem Autofahrer Gelegenheit, auch einmal etwas von der Landschaft zu sehen.

Im Gebiet der Stadt Peine ist durch den Bau der B 444 ein umfangreicher, mehr als 50jähriger Baumbestand vernichtet worden. -- In der niedersächsischen Nordheide sind viele Straßen ihres gesamten Baumschmuckes beraubt worden, weil Wege ausgebaut werden mußten. Nach Abschluß solcher Arbeiten müßten aber wieder Bäume gepflanzt werden. - Wir wissen, daß wir ohne das Verkehrsmittel Auto nicht mehr auskommen, aber wir sollten dem Verkehr nicht bedenkenlos schöne Bäume und kunstvolle Gärten, wie den in Westerbrak, opfern.

Es ist erfreulich, aus der Stadt Wilhelmshaven zu hören, daß dort eine Liste schöner Bäume und Baumgruppen aufgestellt wird, die unter Schutz gestellt werden.

In den letzten Jahren ist der Harz durch Forstwirtschaftswege „erschlossen“ worden. Diese vielspurigen Rollbahnen verlaufen oft im Zuge weicher, schmaler Wanderwege, für die kein Ersatz geschaffen wurde. Die Harzlandschaft kann nicht noch mehr Forstwirtschaftswege ertragen. - Bei dieser Gelegenheit sagen wir auch mit allem Nachdruck, daß die Gründe gegen den Plan, eine Sesselliftbahn auf den Bruchberg zu legen, die gleichen sind, wie wir sie vor Jahren schon zum Thema Kabinenseilbahn angeführt haben.

Wir nehmen noch einmal das Thema Kernkraftwerke auf. Wegen des ständig wachsenden Energiebedarfs ist die Errichtung solcher Betriebe für die Zukunft sicher erforderlich. Für biologische Einwirkungen auf die Umwelt über lange Zeiträume hinweg fehlen aber heute noch die Erfahrungen. Wir erkennen deshalb an, daß in Großenkneten außer Immissionsmessungen auch biologische Beobachtungen über die Flechtenvegetation durchgeführt werden. Weiter schlagen wir vor, im Bereich des Atomkraftwerks Eenshamm das Landschaftsgebiet Reiherplate zum Naturschutzgebiet zu erklären, den dortigen Biotopzustand festzustellen und ständige Untersuchungen im Hinblick auf mögliche Veränderungen dortiger Lebensformen anzuordnen.

Die Schutzgemeinschaft Nordseeküste, ein Zusammenschluß von Kommunen, Landschaftsverbänden, Wasser- und Bodenverbänden sowie Institutionen verschiedener Art, juristischen Personen usw. an der ostfriesischen, oldenburgischen und schleswig-holsteinischen Küste, die sich ernsthaft mit dem Problem der Atomenergie auseinandersetzt, hat mit einem wohlhabgewogenen Schreiben den Bundeskanzler um ein Moratorium für den Bau von Atomkraftwerken gebeten. Sie fordert, „dem Schutz der Bevölkerung vor möglichen Schäden absolute Priorität einzuräumen, und zwar nicht nur in Worten“. - Aus dieser Initiative sollte sich eine ernsthafte Auseinandersetzung entwickeln.

Autobahnen

Ausbau von Straßen und Wegen

Forstwirtschaftswege

Kernkraftwerke

Zum geplanten Kernkraftwerk Grohnde bei Hameln fragen wir: Ist es richtig, dieses Werk in einer Entfernung von nur 40 km von Würgassen aufzubauen? Könnte die Gefahr bestehen, daß die hier verhältnismäßig schmale Weser „umkippt“? Muß so ein Werk mit seinen riesigen Bauten in einer Erholungslandschaft entstehen?

Zu unserem Schrecken erfahren wir, eine mittelfristige Planung sehe den Bau von zwei Kernkraftwerken in Langendorf und Landsatz (Kreis Lüchow-Dannenberg) vor. Diese beiden Orte sind in der Luftlinie nur 6 km voneinander entfernt.

Lärmbelästigung durch Sportflugzeuge führt immer zu starken Störungen. Auf diese Weise nimmt das Vergnügen weniger Menschen Tausenden die Ruhe. Man sollte ernsthaft daran denken, Schonzeiten für die Masse der Nichtflieger einzulegen.

In den Seitenräumen von Straßen und Feldwegen, an den Ufern von Gräben, Bächen und Flüssen wie auch an Eisenbahndämmen leben noch viele Pflanzen und Kleintiere, die in der bebauten Landschaft nicht mehr existieren können, die aber alle ihre Aufgabe im Naturkreislauf haben. Deswegen wenden wir uns entschieden dagegen, daß in diesen Räumen Gift gespritzt wird.

In den letzten Jahren haben Untersuchungen ergeben, daß von den 1 847 in Niedersachsen wachsenden Farn- und Blütenpflanzen 687 Pflanzenarten in ihrem Bestand mehr oder weniger gefährdet sind. Ähnliches gilt für die Tier-, vor allem für die Vogelwelt. Umso bemerkenswerter ist es, daß sich immer mehr Einzelpersonen und auch freie Organisationen bemühen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. In beispielhafter Weise geschieht das auf dem Gebiet des Vogelschutzes. Die Faunistische Arbeitsgemeinschaft Moore, Hannover, hat die Bestandsaufnahme, Überwachung und Pflege der Moore als Lebensstätten gefährdeter Vogelarten wie Goldregenpfeifer, Birkwild, Schnepfenvogel und Enten übernommen, die Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Stade betreut in gleicher Weise die Lebens- und Raststätten der Vögel an der Unterelbe. Die Arbeiten erfolgen meist in enger Zusammenarbeit mit dem Dezernat Naturschutz, Landschaftspflege, Vogelschutz in Hannover.

Früher hatte ein jedes Dorf seinen Dorfteich. Diese Teiche sind als Lebensraum für viele Organismen unentbehrlich. In England hat man ihre Bedeutung erkannt und schützt sie vor der Vernichtung. Unseres Erachtens gebührt auch unseren Dorfteichen, soweit sie überhaupt noch vorhanden sind, Interesse. Es könnte leicht zu spät werden.

Die Beseitigung der besonders in Südoldenburg in großer Menge anfallenden Gülle ist ein noch ungelöstes Umweltproblem. Da sie bei richtiger Dosierung ein gutes Düngemittel ist, besteht für die Landwirtschaft die Versuchung, ihr Ackerland auf Kosten des Waldes zu vermehren. Eine erhebliche Verringerung des Privatwaldes muß aber zu einschneidender Veränderung der Landschaft führen und kann im Interesse der Allgemeinheit nicht einfach hingenommen werden.

Bei dieser Gelegenheit erklären wir mit Bedauern, daß die Rote Karte des vergangenen Jahres den Landkreis Oldenburg wegen der Behandlung des Gülleproblems zu Unrecht angegriffen hat.

Das Niedersächsische Amt für Bodenforschung hat mit seiner neuen Veröffentlichung „Die geowissenschaftlichen Karten des naturräumlichen Potentials von Niedersachsen und Bremen“ zum ersten Male ein flächendeckendes Werk geschaffen, das auch einen bedeutenden Wert für die Planung der Landespflege hat.

Wir freuen uns, daß für das bisherige Gelände des Krankenhauses Wintermoor in der Lüneburger Heide sinnvolle Nutzungen vorgesehen sind, und zwar durch den Verein Naturschutzpark, den Landkreis Soltau und die Forstverwaltung.

Lärmende Sportflugzeuge

Beseitigung von „Unkraut“ durch Gift

Gefährdete Pflanzen- und Tierarten

Dorfteiche

Gülleproblem

Landkreis Oldenburg

Geowissenschaftliche Karten

Wintermoor

Wenn wir die Schwierigkeiten betrachten, unter denen die meisten unserer Museen arbeiten müssen, so fragen wir uns, ob die Verantwortlichen überhaupt wissen, daß Museen die anschaulichsten und in ihrer Vielfalt auch vielseitigsten Kulturchroniken sind, die wir haben. Wir sollten endlich berücksichtigen, daß sie ständig wachsende Besucherzahlen registrieren und das Interesse der Massenmedien immer stärker auf sich gezogen haben.

Museen

Inzwischen ist es gelungen, sowohl die niedersächsischen Landesmuseen als auch die bremischen Museen in den Museumsverband für Niedersachsen und Bremen aufzunehmen. Dieser Verband hat im vergangenen Jahre einen hervorragenden Museumsführer herausgebracht, dessen 1. Auflage - auch das beweist das allgemeine Interesse - in wenigen Wochen beim Verlag vergriffen war. Die Museen sind eben wieder „in Mode“.

Wir wollen es uns versagen, am Beispiel einzelner Museen besondere Wünsche zu äußern, vielmehr geht es uns jetzt um Sorgen grundsätzlicher Art:

Von den rund 165 nichtstaatlichen Museen in Niedersachsen haben viele eine überörtliche Bedeutung und einen erheblichen Umfang, aber nur ein Teil von ihnen hat hauptamtliche Leiter und wissenschaftliche Mitarbeiter. Soll die hier geleistete Arbeit nicht Schaden leiden, so müssen jetzt bei einer ganzen Anzahl von Museen Planstellen für hauptamtliche Museumsleiter geschaffen werden. Befinden sich in einem Kreise mehrere kleine Museen, deren Arbeit koordiniert werden soll, so wäre an eine Art „Kreismuseumsdirektor“ zu denken. Uns ist klar, daß dazu die jetzt bestehenden Kreise meist nicht in der Lage sind, aber dieses Problem muß im Zuge der Kreisreform so früh wie möglich bedacht werden. Außerdem fordern wir Stellen für Restauratoren und Präparatoren, die auf Bezirks- oder Landesebene wirken können. Im Museumsbereich ist zugunsten der Allgemeinheit soviel ehrenamtliche aufopferungsvolle Arbeit geleistet worden, daß die öffentliche Hand nun am Zuge ist, endlich das Ihre zu tun.

Planstellen an nichtstaatlichen Museen

Die Sicherung der Museumsbestände macht uns erhebliche Sorgen und veranlasst uns, folgende Forderungen aufzustellen:

Sicherheitsmaßnahmen in Museen

Das Haus, in dem wertvolle Sammlungen untergebracht sind und öffentlich gezeigt werden, muß ausreichenden Schutz gegen Feuer-, Wasser-, Licht- und Klimaschäden bieten.

Ein der Bedeutung und der Anfälligkeit der zu schützenden Gegenstände angepaßtes Sicherungssystem muß den Zugang zu archivierten und ausgestellten Stücken so erschweren, daß sich Einbrüche praktisch nicht lohnen.

Im Haushalt der Museen müssen Mittel vorgesehen werden, um den Sicherheitsstand aufrechtzuerhalten und neuen Gegebenheiten anzupassen.

Wir beobachten mit Sorge, daß im Zuge der Gebietsreform, insbesondere der neuen Einteilung der Landkreise, nicht nur die Kreisheimatmuseen, sondern auch die Kreismusikschulen und die Landesbühnen in ihrer Existenz gefährdet sind. Träger von Kreismusikschulen und Kreisheimatmuseen sind oft Vereine oder privatrechtliche Zusammenschlüsse, Trägergemeinschaften usw. Kommunen und Kreise gewähren Zuschüsse, die im allgemeinen als freiwillige Leistungen gelten und jederzeit gestrichen werden können. Wenn hier nicht aufgepaßt wird, besteht die Gefahr, daß kulturelle Einrichtungen und Aktivitäten von hoher Bedeutung ausgelöscht werden. Im Zuge der Kreisreform müssen also die neu entstehenden Kreise verpflichtet werden, diese Kulturinstitute weiter zu fördern, und zwar so, daß nicht nur die bisherige Verwaltungseinheit, sondern auch die neue vergrößerte ihren kulturellen Gewinn davon hätte.

Gefährdung der Kreismuseen, der Kreismusikschulen und der Landesbühnen durch die Gebietsreform

Das Land andererseits sollte sich zu seiner Aufgabe bekennen, für die hier genannten Einrichtungen endlich ausreichende Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Bei der derzeitigen Haushaltslage ist eine Erhöhung der staatlichen Haushaltsansätze für nichtstaatliche Einrichtungen zur Zeit wohl nicht möglich. Wir weisen aber darauf hin, daß reichliche Mittel, z. B. aus Spielbankenabgaben, zur Verfügung stehen.

Plattdeutsch

Wir wenden uns nun dem Plattdeutschen zu. Trotz aller Benachteiligungen hat sich die alte Sprache unserer Heimat erhalten können, seit Groth, Reuter und Brinckman ist eine neue niederdeutsche Schriftstellersprache entwickelt worden, in der sich heute epische, lyrische und dramatische Aussagen in beglückender Weise vollziehen. Jeder, dem es ernst mit der Heimatpflege ist, weiß, daß die Sprache im Mittelpunkt seiner Bemühungen stehen muß; Ehrfurcht vor der Sprache begründet zu einem guten Teil Wesen und Würde menschlichen Daseins. Wer einen lebendigen sprachlichen Besitz aus Nützlichkeitsbetrachtungen oder aus Bequemlichkeit aufgibt, der sägt an dem kulturellen Ast, auf dem er sitzt. Wenn immer wieder aggressiv die Frage gestellt wird, ob das Plattdeutsche in unseren Tagen noch zeitgemäß sei, so antworten wir darauf: Zeitgemäß ist eine jede gewachsene Sprache, die noch am Leben ist. Wir wollen ja das Plattdeutsche gar nicht als zweite Staatssprache oder als zweite offizielle technische Sprache, sondern als eine Umgangssprache von Mensch zu Mensch. Und da meinen wir allerdings, die plattdeutsche Sprache mit ihrer Bildhaftigkeit, mit ihrer Herzlichkeit und ihrer Einsilbigkeit könne uns Menschen in einer gehetzten Welt viel bessere Dienste leisten, als das die meisten von uns wissen.

In Bremen arbeitet seit Anfang vorigen Jahres das Institut für niederdeutsche Sprache mit ständig wachsendem Erfolg. Viele hunderttausend Menschen haben auch im Berichtsjahr die Aufführungen der niederdeutschen Theater besucht, Millionen die Hörspiele im Rundfunk erlebt. Der Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens will niederdeutsche Sprache und Literatur künftig in seinem Programm anbieten, nachdem man in den vergangenen Jahren gute Erfahrungen mit dem Plattdeutschen gemacht hat. Im Nordschau-Magazin bei Radio Bremen hat das Plattdeutsche einen, wenn auch kleinen, so doch schon festen Platz erobert. Das Nachrichtenblatt des Niedersächsischen Kultusministeriums „Schule und Ausbildung in Niedersachsen“ hat seit kurzem eine plattdeutsche Ecke. Plattdeutsch ist „in“. Hoffen wir, daß es den Bemühungen seiner Freunde gelingt, ein bleibendes Interesse zu wecken.

Wir benutzen gerne die Gelegenheit, der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen dafür zu danken, daß sie in immer zunehmendem Maße ihre Aufmerksamkeit unserer alten Sprache zuwenden.

Besonders wollen wir die für unsere Arbeit am Niederdeutschen so wichtige Bevensen-Tagung erwähnen, die seit vielen Jahren den Gedankenaustausch zwischen plattdeutschen Schriftstellern und Wissenschaftlern auf breiter Ebene ermöglicht. In Bevensen wird nicht etwa unkritisch gelobt, sondern seit langem gibt es hier offene Kritik und unvoreingenommene Diskussionen.

Bevensen ist ohne die niederdeutschen Preise der Stiftung F. V. S. nicht mehr zu denken, die alljährlich in der schönen Klosterkirche zu Medingen verliehen werden.

Der Arbeitskreis plattdeutscher Pastoren hat eine von Jahr zu Jahr erfolgreicher werdende Tätigkeit entwickelt. Ihr Vorsitzender, Pastor Heinrich Kröger, „unser plattdeutscher Pastor“ bei diesem Niedersachsentag, hat im vergangenen Jahre zum zweiten Male die von weit und nah und allen Bevölkerungskreisen besuchte niederdeutsche Woche in Soltau durchgeführt.

Wir richten den Blick der Öffentlichkeit auf die Arbeitsstelle Niedersächsisches Wörterbuch in Göttingen, die nun dem Institut für historische Landesforschung der Universität angegliedert worden ist. Die Arbeiten am Wörterbuch werden mit großem Nachdruck fortgesetzt, und wir danken der Landesregierung dafür, daß endlich zwei wissenschaftliche Bearbeiter hauptamtlich die erforderlichen Arbeiten fortführen können.

In den Bereich der gewachsenen Sprache gehören auch die überlieferten Ortsnamen. Leider ersetzt die Bundespost aus sogenannten betriebstechnischen Rationalisierungsgründen die oft tausend Jahre alten Ortsnamen durch Sammelbezeichnungen, in denen die Dörfer der Großgemeinden nur noch mit einer Anhangzahl erscheinen. Im übrigen werden Einheits- und Samtgemeinden unterschiedlich behandelt. Dieses Vorhaben ist durch keinen parlamentarischen Beschluß sanktioniert. Die Bevölkerung versteht den Vorgang so, als ob

Erhaltung alter Ortsnamen

nun offiziell die alten Dorfnamen abgeschafft seien. In der deutschen Geschichte sind aber unseres Wissens bisher Ortsnamen nur ausgelöscht worden, wenn aus bestehenden Ortschaften Wüstungen wurden. Hier geht etwas vor sich, wogegen wir scharf protestieren.

Wir sehen darin ein bundesweites Problem; denn so werden Vergangenheit und Gegenwart, Tradition und Notwendigkeit des Tages immer weiter auseinandergebracht. Die Einführung des neuen postalischen Systems ist zu einem Zeitpunkt erfolgt, als unser historisches Bewußtsein noch nicht wieder geweckt worden war. Das hat sich zum Glück inzwischen geändert. Deshalb fordern wir, daß den durch die Gemeindereform geschaffenen oder verbliebenen Ortsnamen die Namen der eingemeindeten alten Ortschaften angehängt werden. Die Post sollte so verfahren, wie es bei der Beschilderung von Ortsteilen vorgesehen ist.

Wir wenden uns der **Jugend** zu, um deren Mitarbeit wir unablässig bemüht sind. Überall sind junge, hilfsbereite Menschen tätig, dem Naturschutz, der Denkmalpflege, der Heimatgeschichte wie dem Plattdeutschen zu dienen. Wir bieten ihnen seit langem unsere **Jugendseminare** an.

Jugendarbeit

Auch in diesem Jahre veranstaltet der Niedersächsische Heimatbund wieder zwei solcher Seminare, und zwar hat das 42. Jugendseminar im Mai in Bad Essen-Wittlage stattgefunden. Es stand unter dem Motto: „Geopolitisch-historisch-naturwissenschaftliche Forschung im Dienste einer sinnvollen Planung für den erholungsuchenden Menschen“. Während wir hier tagen, läuft in Rotenburg das 43. Jugendseminar: „Der Landkreis Rotenburg (Wümme) - Ein Beispiel für die Möglichkeit, durch kommunale und private Initiative Landesforschung, Raumplanung und Umweltschutz aktiv zu betreiben.“

Wir versuchen jeweils, durch Referate aus verschiedenen Gebieten die wesentlichen Strukturen und Grundlagen eines Raumes zu zeigen. Die am regionalen Beispiel gewonnenen Kenntnisse und Einsichten sollen dann bei den Seminarteilnehmern Verständnis und Interesse für diese wichtigen Anliegen wecken. Wir versprechen uns davon einen besonderen Beitrag zur Bewußtseinsbildung in diesen Bereichen. So verstehen wir moderne Heimatforschung und Heimatpflege und freuen uns, in diesem Jahre wieder berichten zu können, daß die Diskussionen nach den Referaten außerordentlich interessant und lebhaft gewesen sind.

Damit schließt die Rote Mappe 1975. Möge sie, wie ihre Vorgängerinnen, zur Besinnung aufrufen und helfen, Gutes zu befestigen wie Schädliches zu beheben. Möge es allen Verantwortlichen gelingen, unsere Welt menschlich zu erhalten und ihre Entwicklung menschlicher als in den vergangenen Jahren zu gestalten.